URGENT ACTION

STAAT SCHLÄGT PROTESTE NIEDER

NICARAGUA

UA-Nr: **UA-080/2018** AI-Index: **AMR 43/8282/2018** Datum: **24. April 2018** – ls

DEMONSTRIERENDE IN NICARAGUA

Die Behörden Nicaraguas haben mit gewaltsamer Unterdrückung auf landesweite Proteste reagiert und damit das Recht der Demonstrierenden auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzt. Mindestens 28 Personen kamen im Zuge der Proteste seit dem 18. April ums Leben, darunter auch Studierende.

Die Proteste kamen am 18. April in der gesamten Hauptstadt Managua sowie in anderen Städten Nicaraguas ins Rollen (Bluefields, León, Estelí, Masaya). Hunderte Menschen aus allen Gesellschaftsschichten gingen auf die Straße, um gegen die geplanten Reformen des Sozialversicherungssystems zu protestieren.

Dabei wurden mindestens 28 Personen getötet. Berichten zufolge wurden Dutzende weitere verletzt, festgenommen oder Opfer des Verschwindenlassens.

Obwohl Präsident Daniel Ortega am 22. April eine Abschwächung der geplanten Reformen ankündigte, dauert die Berichterstattung über festgenommene und verschwundene Demonstrierende weiter an.

Besonders hart wurde gegen Journalist_innen vorgegangen. Als die Proteste am 18. April begannen, wurden diese von Sicherheitskräften und bewaffneten regierungstreuen Zivilpersonen attackiert. Mehrere wurden geschlagen und ihnen wurde damit gedroht, ihnen ihre Ausrüstung abzunehmen. Am 19. April zensierte die Regierung nationale Medien und schaltete drei Fernsehprogramme ab. Am 21. April starb schließlich ein Journalist durch den Kopfschuss eines unbekannten Täters, während er auf Facebook live von den Unruhen in der Stadt Bluefields berichtete.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die von Präsident Ortega ursprünglich angekündigte und beschlossene Reform sah eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen sowie einen Zusatzbeitrag für Rentner_innen vor, durch den die Rente drastisch sinken würde. Nach tagelangen Protesten zeigte sich Präsident Ortega gesprächsbereit und kündigte am 22. April an, dass die Reformen vom Sozialversicherungsinstitut rückängig gemacht worden seien.

Wie Amnesty International im Jahresbericht 2017/2018 dokumentierte, dauern die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger_innen in Nicaragua an und werden nicht strafrechtlich verfolgt. Es liegen Berichte über unnötige und exzessive Gewaltanwendung vonseiten der Polizei vor. Diese richtete sich gegen Menschen, die friedlich gegen den geplanten Bau des Großen Interozeanischen Kanals protestierten; einem Kanal quer durch das Land, der den Atlantik mit dem Pazifik verbinden soll. Außerdem ist dort ebenfalls von willkürlich festgenommenen Demonstrierenden die Rede. Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich gegen das Projekt gestellt hatten, wurden offenbar ebenfalls bedroht und eingeschüchtert.

Weitere Informationen unter https://www.amnesty.de/jahresbericht/2017/nicaragua.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, LUFTPOSTBRIEFE ODER EINE TWITTERNACHRICHT MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Sorgen Sie bitte unverzüglich dafür, dass die Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet sind.
- Treten Sie bitte in einen Dialog mit allen Gesellschaftsschichten der Zivilbevölkerung, darunter auch den Betroffenen von staatlicher Unterdrückung, und finden Sie eine friedliche Lösung für diese Krisensituation.

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Urgent Actions
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T:+49 30 420248-0 . F:+49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY INTERNATIONAL

- Leiten Sie bitte eine rasche, unparteiische und unabhängige Untersuchung der Angriffe und Tötungen ein, um die Ergebnisse öffentlich zu machen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.
- Lassen Sie bitte unverzüglich alle Gefangenen frei, die ausschließlich aufgrund ihrer friedlichen Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung festgenommen worden sind.

APPELLE AN
PRÄSIDENT
Daniel Ortega
Presidencia de la Republica
frente a Palacio Nacional, 4 Calle Noroeste
Managua 11001, NICARAGUA
(Anrede: Dear President/ Estimado Presidente/ Sehr geehrter Herr Präsident)
Fax: (00 505) 2228 9090
Twitter: @EPP_Nicaragua, @DanielOrtega_Ni

DIREKTORIN DER NATIONALPOLIZEI
Arminta Elena Granera Sacasa
Centro Comercial Metrocentro
2 Cuadras al Este
Edificio Faustino Ruíz Policía Nacional (Plaza El Sol)
Managua, NICARAGUA
(Anrede: Dear Madam Director/ Estimada Señora Directora/ Sehr geehrte Frau Direktorin)
E-Mail: agranera@policia.gob.ni oder
relacionespublicas@policia.gob.ni

KOPIEN AN
Amnesty International Team Zentralamerika
E-Mail: equipoca@amnesty.org

BOTSCHAFT DER REPUBLIK NICARAGUA
Frau Karla Luzette Beteta Brenes
Geschäftsträgerin a.i.
Werftstraße 2, 10775 Berlin
Fax: 030 – 22 48 78 91
E-Mail: info@embanic.de oder
karla.beteta@embanic.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie nach dem **5. Juni 2018** keine Appelle mehr zu versenden.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY
- Calling on the President of Nicaragua to immediately guarantee the rights to freedom of expression and assembly.
- Urging the authorities to engage in dialogue with civil society sectors, including the victims of state repression, to find a peaceful solution to this grave situation.
- Calling on them to launch a timely, impartial and independent investigation into the attacks and killings, to make the results public and bring those responsible to justice.
- Calling on them to immediately release those detained only on the grounds of their peaceful exercise of their freedom of expression.

AMNESTY INTERNATIONAL